



07.05.2021 Politik ⌚ 4 Minuten Lesedauer

«Das Lohndiktat des Staates ist asozial»

Gegner der Mindestlohn-Vorlagen warnen vor negativen Konsequenzen: Gerade im Niedriglohn-Bereich drohe Stellenabbau.

von Christian Keller



«Lohnpolitik muss in den Händen der Sozialpartner bleiben»: Patricia von Falkenstein, Luca Urgese, Laetitia Block, Balz Herter und Katja Christ (v.r.n.l.). Bild: Christian Keller

Waren es bislang die Befürworter des staatlichen Mindestlohns, die den Gegnern eine «asoziale Haltung» vorwarfen, haben sich die Verhältnisse am Freitag ins Gegenteil gekehrt. «Das Lohndiktat des Staates ist asozial», erklärte Mitte-Präsident Balz Herter anlässlich der Pressekonferenz des Komitees «2x Nein zum kantonalen Mindestlohn».

Stellen mit tiefen Löhnen würden vor allem von Menschen mit wenig Deutschkenntnissen, geringer Ausbildung oder mit Einschränkungen in der Leistungsfähigkeit ausgeübt. «Werden diese Jobs verteuert, fallen sie weg oder werden weniger. Der staatliche Mindestlohn trifft also genau jene, die er eigentlich schützen will», sagte Herter.

Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien GLP, Mitte, FDP, LDP und SVP eröffneten bei Wind und Regen auf der Aussenterrasse des Hotel Basel die Nein-Kampagne zu den beiden Vorlagen, über welche am 13. Juni in Basel-Stadt abgestimmt wird.

Prime Content



Blumen, Salz und Schoggi nicht nur für den Muttertag

Hochwertige Produkte, lokal produziert: Im Webshop von Blumen Au Bouquet spannt das Basler Gewerbe zusammen.

Die Initiative der Gewerkschaften und Linken sieht 23 Franken pro Stunde vor, der Gegenvorschlag des Grossen Rats und der Regierung 21 Franken (alle Details gibt's in unserem [Dossier](#)).

Das Hudelwetter diente denn auch als Steilvorlage für entsprechende Wortspiele: «Die Annahme des Mindestlohns wäre eine trübe Aussicht», meinte Herter, während GLP-Nationalrätin Katja Christ die Hoffnung zum Ausdruck brachte, das zweifache Nein «ins Trockene» bringen zu können.

Drohendes Ende der Sozialpartnerschaft

«Es geht nicht, dass wir das erfolgreiche Modell der Sozialpartnerschaft abschaffen und uns vom Staat den Lohn diktieren lassen», begründete LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein einen zentralen Standpunkt des Nein-Komitees.

Ob das gesetzliche Minimum 21 oder 23 Franken betrage, spiele keine Rolle. Entscheidend sei der Grundsatz: «Die Lohnpolitik muss in den Händen der Sozialpartner bleiben und darf nicht zum Spielball der Politik werden.»

Mindestlöhne seien keine Neuheit, auch in den Niedriglohnbereichen nicht, hielt von Falkenstein weiter fest. «Diese werden zusammen mit anderen wichtigen Punkten in den Gesamtarbeitsverträgen geregelt, welche die Sozialpartner auf Augenhöhe miteinander beschliessen». Das Ergebnis der Verhandlungen sei zugeschnitten auf die reale Wertschöpfung. «Jede Branche hat die Löhne, die sie auch erwirtschaften kann.»

Eine Abkehr von diesem Prinzip, das zu hoher Beschäftigung in Basel und der Schweiz geführt habe, bedeute eine weitergehende Einschränkung des flexiblen Arbeitsmarkts. Der sozialpartnerschaftliche Verhandlungsspielraum würde sich «massiv zu Gunsten der Gewerkschaften» verschieben.



«Der Stress für die Mitarbeitenden nimmt zu, die Preise steigen»: FDP-Präsident Luca Urgese warnte vor den Auswirkungen des staatlichen Mindestlohns. Bild: Christian Keller

Abwanderung ins günstigere Umland

Vor allem aber würde das Lohndiktat genau jenen schaden, denen eigentlich geholfen werden soll, unterstrich auch FDP-Präsident Luca Urgese.

Die Einführung des staatlichen Mindestlohns hätte eine grosse Kostensteigerung zur Folge – gemäss Schätzungen müssten zum Beispiel in der Gastronomie mit zusätzlichen Personalkosten von 10 bis 20 Prozent gerechnet werden.

Die negativen Konsequenzen in Form von Stellenabbau und Pensenreduktion lägen auf der Hand, sagte der Freisinnige. Der Stress für die Mitarbeitenden würde zunehmen, «und die Preise steigen».

Die Hochpreisinsel Basel käme unter Druck, weil die Konkurrenz aus anderen Kantonen oder dem Ausland nicht an den Mindestlohn gebunden wäre, wenn sie Arbeiten in der Stadt ausführt. «Das ist unfair und führt zur Abwanderung von Unternehmen ins günstigere Umland», warnte Urgese.

GLP-Nationalrätin Katja Christ pflichtete ihm bei. Sie verwies auf den Umstand, dass insbesondere Arbeitnehmende aus den Niedriglohn-Bereichen wie Gastronomie,

Detailhandel oder persönliche Dienstleistung unter der Corona-Krise leiden würden. «In diesen Branchen nun noch zusätzlich einen Kostenschub auszulösen, wäre unverantwortlich.»

Schwächungen der Berufsbildung

Was aber ist die Botschaft des Nein-Lagers an Angestellte, die in Vollzeit berufstätig sind und trotzdem mit ihrem Lohn nicht über die Runden kommen?

Es müsse sichergestellt werden, dass Menschen in der Arbeitswelt Fuss fassen und sich durch Weiterbildung in höhere Lohnklassen bringen könnten, betonten die Komitee-Mitglieder gegenüber Prime News. Ein staatlich vorgeschriebener Mindestlohn würde diesem Ziel jedoch entgegenwirken.

«Wenn nun auch Stellen für ungelernte und schlechter qualifizierte Mitarbeitende mit 4'000 oder 4'200 Franken pro Monat entlöhnt werden, dann verliert die Berufsbildung an Wert. Das ist das schlechteste Signal, welches wir jungen Menschen geben können, die vielleicht noch nicht so genau wissen, was sie beruflich wollen», sagte Patricia von Falkenstein.



Ratgeber

Diese Fragen sind bei einem Bewerbungsgespräch tabu

Was darf der Arbeitgeber wissen, was nicht?
Interview mit Daniela Beck, Rechtsberaterin
beim Arbeitgeberverband Basel.

Überhaupt, die Jungen: Was wird aus den vielen Aushilfe- und Gelegenheitsjobs, wenn ein Stundenlohn-Ansatz von 21 oder 23 Franken zur Pflicht wird? «Dann wird es weniger solcher Angebote geben. Und auch die Studienabgänger ohne Berufserfahrung werden mehr Mühe haben, den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Das wollen wir nicht», sagte Laetita Block, Präsidentin der Jungen SVP.

Sie warf den Befürwortern des staatlichen Mindestlohns «Zwängerei» vor, weil erst vor wenigen Jahren schon einmal über das Thema abgestimmt worden sei. 2014 hatte das Schweizer Stimmvolk eine entsprechende Initiative an der Urne klar abgelehnt.

Die kostenlose Prime News-App – jetzt herunterladen.

🔗 App-Store Apple

🔗 Google Play



Christian Keller

Herausgeber / Gründer

[Mehr über den Autor](#)